

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

207. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 4. März 2009

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (...)

Wir haben jetzt die Fragestunde um annähernd zehn Minuten überzogen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Präsident!)

Deswegen bitte ich die Kollegin Petra Pau um Verständnis dafür, dass wir ihre beiden Fragen nicht mehr aufrufen können.

Die Fragestunde ist damit beendet. Die noch offenen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, den 5. März 2009, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Anlage 9

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Peter Altmaier auf die Fragen der Abgeordneten **Petra Pau** (DIE LINKE) (Drucksache 16/12074, Fragen 24 und 25):

Wie viele Nachmeldungen im Erfassungsbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, aufgeschlüsselt nach Deliktsbereichen und Themenfeldern Hasskriminalität – wie Verstöße gegen das Versammlungsrecht, Fälle von Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Gewaltdelikte, Nötigung/Bedrohung, versuchte Tötungsdelikte, Tötungsdelikte, Sachbeschädigungen, Widerstand, Anschläge, Volksverhetzung, Friedhofsschändungen, Propagandadelikte usw. –, hat es bisher für das Jahr 2008 gegeben?

Wie verteilen sich diese Nachmeldungen aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bundesländer?

Auf die im Rahmen der Kleinen Anfrage vom 9. Februar 2009 (Bundestagsdrucksache 16/11864) gestellten, wortgleichen Fragen ist die Antwort der Bundesregierung bereits mit Schreiben vom 20. Februar 2009 dem Präsidenten des Deutschen Bundestages übersandt und mit selben Datum auch Ihnen, Frau Pau, per Fax zugeleitet worden.

Diese Antwort ist nach wie vor zutreffend; ich trage sie aber gerne hier auch nochmals mündlich vor:

„Meldeschluss für die die Fallzahlen erhebenden Landeskriminalämter gegenüber dem für die bundesweite Erfassung und Auswertung zuständigen Bundeskriminalamt war zwar der 31. Januar 2009, doch liegen erst nach der Feinabstimmung der Fallzahlen zwischen Bund und Ländern sowohl auf der Ebene der Kriminalämter als auch der Innenministerien endgültige Zahlen vor.“

Sobald die Feinabstimmung abgeschlossen ist, wird – wie bereits in den Vorjahren – das Bundesministerium des Innern die bundesweiten endgültigen Fallzahlen im Rahmen einer Pressemitteilung veröffentlichen. Den Ländern obliegt die Entscheidung der Veröffentlichung der sie jeweils betreffenden Zahlen.“